



metallforderung

EIN NEUES SOZIALES
SICHERUNGSVERSPRECHEN

Mehr wert, als er kostet: Für einen starken Sozialstaat

Eine Politik der starren Obergrenzen bei Sozialabgaben und der Kürzungen bei Sozialleistungen, die Arbeitgeberverbände und manche Parteien fordern, ist nur auf den ersten Blick billiger. Am Ende kommt sie die Gesellschaft teuer zu stehen. Ein starker Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet.

Ob Kurzarbeiter- oder Kinderkrankengeld: Trotz unübersehbarer Schief lagen bewies der Sozialstaat auch in der Corona-Krise seine Leistungsfähigkeit. Er sichert mit seinen Leistungen soziale Risiken und Notlagen ab, stabilisiert Einkommen und gesellschaftliche Nachfrage. Er bietet zudem Sicherheit in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche.

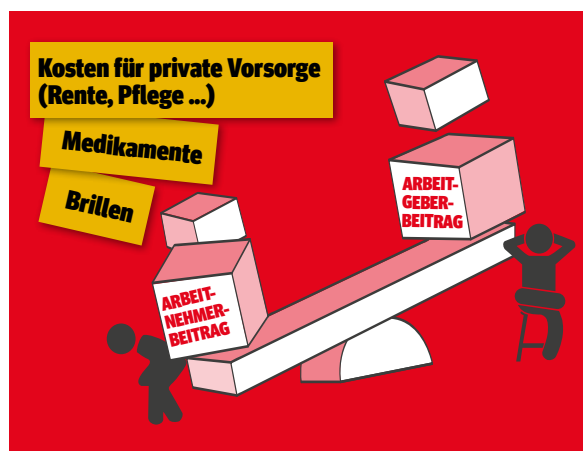
Wenn diese Sicherheit brüchig wird, wenn das soziale Sicherungsversprechen des Sozialstaats für viele dauerhaft und langfristig nicht mehr erfüllt wird, dann gefährdet das den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in die Demokratie. Deshalb ist ein starker Sozialstaat nicht nur ökonomisch sinnvoll und sozial geboten, er ist auch ein Bollwerk gegen gesellschaftliche Spaltung.

Die IG Metall fordert daher einen aktiven Sozialstaat für eine soziale Transformation, einen Sozialstaat, der im Zusammenspiel betrieblicher Beteiligungsprozesse, wirksamer Mitbestimmung, tariflicher Aushandlungsprozesse und staatlicher arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Flankierung Brücken in die Arbeitswelt von morgen baut. Ein solcher Sozialstaat muss sein Sicherungsversprechen erneuern und seine Sicherungssysteme zukunftsfähig machen.

Gute Leistungen und gute Versorgung müssen in allen Bereichen garantiert sein – sei es in Gesundheit und Pflege, in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, bei der Qualifizierung oder in den sozialen Grundsicherungssystemen.

Sie müssen im Mittelpunkt stehen, nicht möglichst niedrige Beiträge oder Steuern! Und diese müssen gerecht finanziert werden: paritätisch von Arbeitgeber*innen und Beschäftigten, gemeinschaftlich von allen Bürger*innen und Erwerbstätigen.

Gesamtmittel, ZDH und Co. fordern zusammen mit einem ganzen Katalog von Leistungseinschränkungen wie der weiteren Anhebung des Rentenalters, der Abschaffung der Rente ab 63 oder der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf maximal 12 Monate einen Deckel von 40 Prozent auf die gesamten Sozialabgaben. Auch einige Parteien haben sich diese Position zu eigen gemacht. Eine solch willkürliche Grenze deckelt jedoch keinesfalls den zunehmenden Bedarf an Versorgung und Unterstützung einer alternden und im Wandel befindlichen Arbeitsgesellschaft. Sie führt lediglich dazu, dass sich Arbeitgeber*innen ihrer Verpflichtung entziehen, die Kosten vermehrt auf die Beschäftigten verlagert werden und Leistungsabsenkungen vorprogrammiert sind.



Quelle: eigene Darstellung IG Metall

Durch Zuzahlungen für Medikamente, Brillen, Pflegekosten und ergänzende private Altersvorsorge sind die Beschäftigten zusätzlich zum Arbeitnehmerbeitrag zu den Sozialversicherungen belastet.

Deshalb erteilen wir einer gesetzlichen oder faktischen Festschreibung eines Deckels auf die Sozialabgaben eine entschiedene Absage:

Ein lautes „Nein“ zum Deckel!

Ein lautes „Ja“ zum starken Sozialstaat!

Auch am Wahlsonntag!

FAIRWANDEL

Wahl 21



Für eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats

Die Lehre aus der Corona-Krise ist: Wir brauchen mehr und nicht weniger soziale Sicherheit! Wir fordern den Ausbau und eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats.

Dies bedeutet zum einen, dass die Arbeitgeber*innen paritätisch an der Finanzierung von Gesundheit und Pflege, Renten- und Arbeitslosenversicherung beteiligt werden und die Lasten nicht durch immer mehr Zuzahlungen, höhere Eigenanteile, Leistungseinschränkungen in den öffentlichen Systemen und erzwungene zusätzliche private Vorsorge auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Die Waage muss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.



Quelle: eigene Darstellung IG Metall

Die Kosten der sozialen Sicherung müssen wieder gerecht verteilt werden – paritätisch zwischen Arbeitgeber*innen und Beschäftigten.

Gerechtigkeit im Sozialstaat bedeutet zum anderen, dass alle die gleiche Sicherheit bekommen müssen. „Alle rein in ein Solidarsystem!“ lautet deshalb die Devise der IG Metall.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Leistungsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherung über die Ausgestaltung zu einer solidarischen Bürgerversicherung zu stärken, die alle Bürger*innen einbezieht. Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und zu gleichen Bedingungen Leistungen erhalten. Das erhöht nicht nur den sozialen Schutz etwa von Soloselbstständigen, die heute häufig gar nicht für das Alter abgesichert sind, es stärkt auch die Solidargemeinschaft und die Finanzbasis der gesetzlichen Rente.

Schließlich muss es darum gehen, die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in allen Sozialversicherungssystemen sachgerecht aus Steuern zu finanzieren und dafür die Zuschüsse zu erhöhen. Aufgebracht werden müssen die Mittel durch eine faire Steuerpolitik, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet und die höchsten Einkommen, Vermögende und Erbschaften stärker zur Finanzierung eines solidarischen und starken Sozialstaats heranzieht.



Die IG Metall fordert

- ▶ eine gerechte Finanzierung:
 - ▶ kein Deckel für die Sozialabgaben
 - ▶ paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Beschäftigte
 - ▶ alle rein ins Solidarsystem: Bürger- und Erwerbstätigenversicherung
 - ▶ höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben
- ▶ einen starken Sozialstaat, der Risiken zuverlässig absichert und Sicherheit im Wandel bietet
- ▶ gute Leistungen und gute Versorgung in den Mittelpunkt zu stellen

